

# Eltern-Info

Oktober 2010

Mehr Kita-Personal:

## Hessische Landesregierung vor dem nächsten Wortbruch

Gute Unterstützung und intensive Förderung der Kinder in Kindertagesstätten benötigt ausreichendes, qualifiziertes Fachpersonal. Nach jahrelangem Zögern hat die hessische Landesregierung im Dezember 2008 endlich einen höheren Personalschlüssel verordnet. Zum 1. September 2009 ist diese Verordnung in Kraft getreten.

Der zuständige Minister versprach, die damit verbundenen höheren Personalkosten allen KT-Trägern zu erstatten. Aber die Umsetzung dieser Verordnung wurde immer wieder verzögert.

Zu Ostern diesen Jahres gab es dann ein besonderes Geschenk für Kinder, Eltern und Kitas: Einen Wortbruch der Landesregierung. Es wurde angekündigt, dass diejenigen Träger keine Erstattung der Personalkosten bekommen sollen, die bereits vor der Landesverordnung ihr Kita-Personal aufgestockt und damit eine Vorreiterrolle in Sachen besserer Förderung übernommen haben.

Im Sommer haben wir Eltern mit einer Unterschriftensammlung noch einmal Druck gemacht.

Nun, nachdem die Verordnung über ein Jahr in Kraft ist, wurden endlich die Ausführungsbestimmungen zur Kostenübernahme vorgelegt. Und erneut plant die Landesregierung einen Wortbruch: **Statt die tatsächlich entstehenden, zusätzlichen Personalkosten vollständig zu übernehmen, soll eine Art Kita-Kinder-Kopfpauschale eingeführt werden** – 240.- Euro pro Kind und Jahr in Elementargruppen (3-6 Jahre) und 840.- Euro pro Kind und Jahr in Krippengruppen ( unter3 Jahre).

Diese Beträge reichen aber nicht aus, um das erforderliche Personal bei Ganztagsbetrieb zu bezahlen! Auf der Grundlage der durchschnittlichen Kosten für eine Erzieherin reicht das Landesgeld für 4 -5 Stunden Öffnungszeit an fünf Wochentagen.

Damit missachtet die Landesregierung ihre eigenen Förderziele und ignoriert die Entwicklung der letzten Jahre, die eine stark steigende Nachfrage nach Ganztagesbetreuungsplätzen zeigt. Sie spart wieder einmal – allen Sonntagsreden zum Trotz – an Kindern und Familien.

Bleibt es bei diesem Erstattungsmodus müsste die Stadt entweder die Mehrkosten tragen oder die Öffnungszeiten reduzieren. Letzteres wird sie nicht tun und für die Mehrkosten steht kein Geld zur Verfügung.

Da das Land zudem seinen – zu geringen – Zuschuss an die Bedingung geknüpft hat, dass die personellen Anforderungen der MVO für alle Gruppen erfüllt sein müssen, droht die Gefahr, dass es im nächsten Jahr gar kein zusätzliches Personal in den städtischen Kitas geben wird.

**Der Stadtelternbeirat fordert von der Landesregierung die Übernahme der realen Personalkostensteigerung entsprechend dem höheren Personalschlüssel der MVO.**